V-01-NEU-129-2

# Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | GRÜNE JUGEND Bundesvorstand |
| Beschlussdatum: | 15.06.2023 |

## Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 128 bis 135:
Das Konzept der sicheren Herkunftssaaten finden wir falsch, denn es löst keine Probleme~~. Was hilft, ist alle Asylverfahren zu beschleunigen und die Qualität der Entscheidungen zu verbessern. Staaten, die den EU-Beitrittskandidatenstatus erhalten haben und deutliche Fortschritte bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit machen, können besonders betrachtet werden. Wir werden nicht mitmachen, wenn Staaten, die systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, als sicher eingestuft werden sollen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten lehnen wir ab.~~ und verkennt die aktuellen Sicherheitslagen in den Ländern. Staaten wie Tunesien oder Libyen sind keine sicheren Orte für Menschen auf der Flucht, immer wieder werden Berichte über die unmenschlichen Verhältnisse in Lagern vor Ort bekannt. Zufluchtsuchende dorthin zurückzuschicken ist unmenschlich.

Wir werden nicht mitmachen, wenn Staaten, die systematische Menschenrechtsverletzungen begehen, als sicher eingestuft werden sollen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten lehnen wir ebenso ab, wie die Einstufung von Georgien und Moldau als solche.